



Sehr geehrter Herr Sozialminister Hundstorfer!
Sehr geehrter Herr Gesundheitsminister Stöger!
Sehr geehrter Herr Finanzminister Pröll!

Wien, am 6. Mai 2010

Im April 2009 wurde von den Gewerkschaften GPA-djp und Vida eine österreichweite BürgerInneninitiative unter dem Titel „Sozial Arbeit ist mehr wert!“ gestartet. Das Parlament wird in dieser Petition aufgefordert, eine Sozialmilliarde – auch als Konjunkturmaßnahme – zu beschließen: für ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Gesundheits- und Sozialdiensten, für die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze, sowie für attraktivere Arbeitsbedingungen, eine faire Bezahlung und Investitionen in die soziale Infrastruktur.

22.669 Unterschriften wurden von engagierten KollegInnen, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen im privaten und kommunalen Gesundheits- und Sozialbereich gesammelt, die Petition im Mai 2009 an den Nationalrat übergeben. Seitens der Gewerkschaften wurde angekündigt, dass noch im Herbst 2009 eine parlamentarische Enquete zur Sozialmilliarde stattfinden sollte. Leider fand diese bis heute nicht statt!

Im Gegenteil: Vielmehr sind massive Sparmaßnahmen in den Bereichen Arbeit und Soziales geplant. Nicht nur, dass von dringend notwendigen Investitionen in die soziale Infrastruktur – von Kinderbetreuung über soziale Arbeit bis hin zur Pflege – nicht mehr die Rede ist, will sich die öffentliche Hand noch mehr aus der Finanzierung sozialer Leistungen verabschieden. Anders sind die bekannt gewordenen Zahlen nicht interpretierbar! Bereits jetzt ist die Arbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich von prekären Arbeits- und Einkommensbedingungen, notorischem Personalmangel, hohen physischen und psychischen Belastungen und steigenden Burn-Out-Raten geprägt. Die Beschäftigten im privaten wie öffentlichen Sozial- und Gesundheitsbereich arbeiten bereits seit Jahren am Limit. Weitere Einsparungen sind nicht zumutbar, soll die Qualität und der Umfang an Leistungen für die unmittelbar betroffenen KlientInnen und deren Familien weiter erhalten bleiben. Es braucht nicht weniger, sondern deutlich mehr Geld – eben eine Sozialmilliarde – soll die Qualität an Sozial- und Gesundheitsleistungen ausgebaut und Lücken – wie etwa im Bereich der Pflege - geschlossen werden. Es braucht eine deutliche finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung von Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufen.

Im Rahmen des von der AUGE/UG und der KIV/UG veranstalteten Sozialgipfels am 18. März 2010 verabschiedeten zahlreiche BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und Beschäftigte aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich einen Forderungskatalog, den wir Ihnen somit gerne übermitteln.

Die TeilnehmerInnen des Sozialgipfels fordern Sie und die politischen EntscheidungsträgerInnen auf:

- Die budgetären Mittel für eine deutliche finanzielle Aufwertung und zur Behebung des eklatanten Personalnotstandes im Bereich kommunaler und privater sozialer Dienste bereitzustellen sowie eine „Bindungswirkung“ der Kollektivvertrags-Abschlüsse für öffentliche Fördergeber zu beschließen. Wir im Sozialbereich Tätigen brauchen Arbeitsbedingungen, die eine intensive Beschäftigung und Auseinandersetzung mit den spezifischen und vielfältigen Bedürfnislagen unsere KlientInnen ermöglichen!
- Finanzierungs- bzw. Rahmenvereinbarungen der öffentlichen Geldgeber der unterschiedlichen Gebietskörperschaften und des AMS mit den ErbringerInnen sozialer Dienste derartig zu gestalten, dass eine mittelfristige Personal- und Bestandsicherheit gegeben ist.
- Die Herausnahme sozialer Dienste, die von gemeinnützigen Anbietern erbracht werden, aus dem Vergaberecht.
- Bundesweit vereinheitlichte und fachlich hochwertige Standards und Vorgaben für die Erbringung sozialer Dienstleistungen unter Einbeziehung von Betroffenen, Beschäftigten und ExpertInnen, wobei eine Orientierung an bestehenden Standards und auf Grundlage der Grund- und Menschenrechte gegeben sein muss. Angleichung der Standards durch Art 15 a B-VG Vereinbarungen.
- Bundesweit einheitliche und fachlich hochwertige Standards bei der Ausbildung von Fachkräften im Sozialbereich, Anhebung der Fachausbildung auf Hochschulniveau.
- Der flächendeckende, bedarfsgerechte Ausbau sozialer Infrastruktur und sozialer Dienstleistungen sowie niederschwelliger, auf spezifische Problemgruppen ausgerichteter Beratungs-, Hilfs- und Betreuungseinrichtungen. Schließung bestehender Versorgungsdefizite im Sozial- und Gesundheitsbereich.
- Im Rahmen von verfassungsmäßig garantierten sozialen Grundrechten und auf Grundlage der UN-Menschenrechtskonventionen auch den Rechtsanspruch auf den freien und allgemeinen Zugang zu sozialen Dienstleistungen zu verankern und diesen Rechtsanspruch entsprechend materiell abzusichern.
- Die Einrichtung von unabhängigen Ombudsstellen für alle KlientInnen und PatientInnen (z.B. in der Jugendwohlfahrt) zur Durchsetzung ihrer Ansprüche gegenüber den zuständigen Behörden zu beschließen.
- Für den kommunalen und privaten Gesundheitsbereich und den Bereich der Pflege dafür Sorge zu tragen, dass genügend finanzielle Mittel für notwendige Personalaufstockung sowie für Supervisionen zur Verfügung gestellt werden, als auch in diesen realistische Personalbedarfsberechnung nach wissenschaftlichen Standards und nach Maßgabe der demographischen Entwicklung gewährleistet werden.
- Sich für die Veranstaltung einer parlamentarischen Enquete zur Sozialmilliarde einzusetzen, auf diese Anliegen und Forderungen unter Einbeziehung von ExpertInnen, Betroffenen, BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und den Soziallandesräten diskutiert werden können.



Im Sinne des sozialen Zusammenhalts und eines starken, gut funktionierenden Sozialstaates, der ohne qualitativ hochwertige, flächendeckende und bedarfsgerechte Sozial- und Gesundheitsdienste mit engagierten, gut ausgebildeten und hoch motivierten Beschäftigten nicht funktionieren kann, fordern wir Sie auf, dahingehend aktiv zu werden, sich für die berechtigten Forderungen der Beschäftigten des Sozial- und Gesundheitssektors einzusetzen und die entsprechenden finanziellen Mittel – die Sozialmilliarde – z.B. aus Mitteln einer ohnehin längst überfälligen höheren Besteuerung von Vermögen und Vermögenszuwächsen bereit zu stellen.

Wir bitten Sie um rasche Stellungnahme darüber, ob und wie Sie gedenken unsere Forderungen umzusetzen. Angesichts der veröffentlichten Budget-Konsolidierungserfordernisse hoffen wir nicht, dass es wie geplant bis 2014 zu Einsparungen von insgesamt über 2 Milliarden Euro im Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit kommt. Dies wären zwei Schritte zurück statt, wie notwendig, ein Schritt – nämlich plus eine Sozialmilliarde - nach vorne!

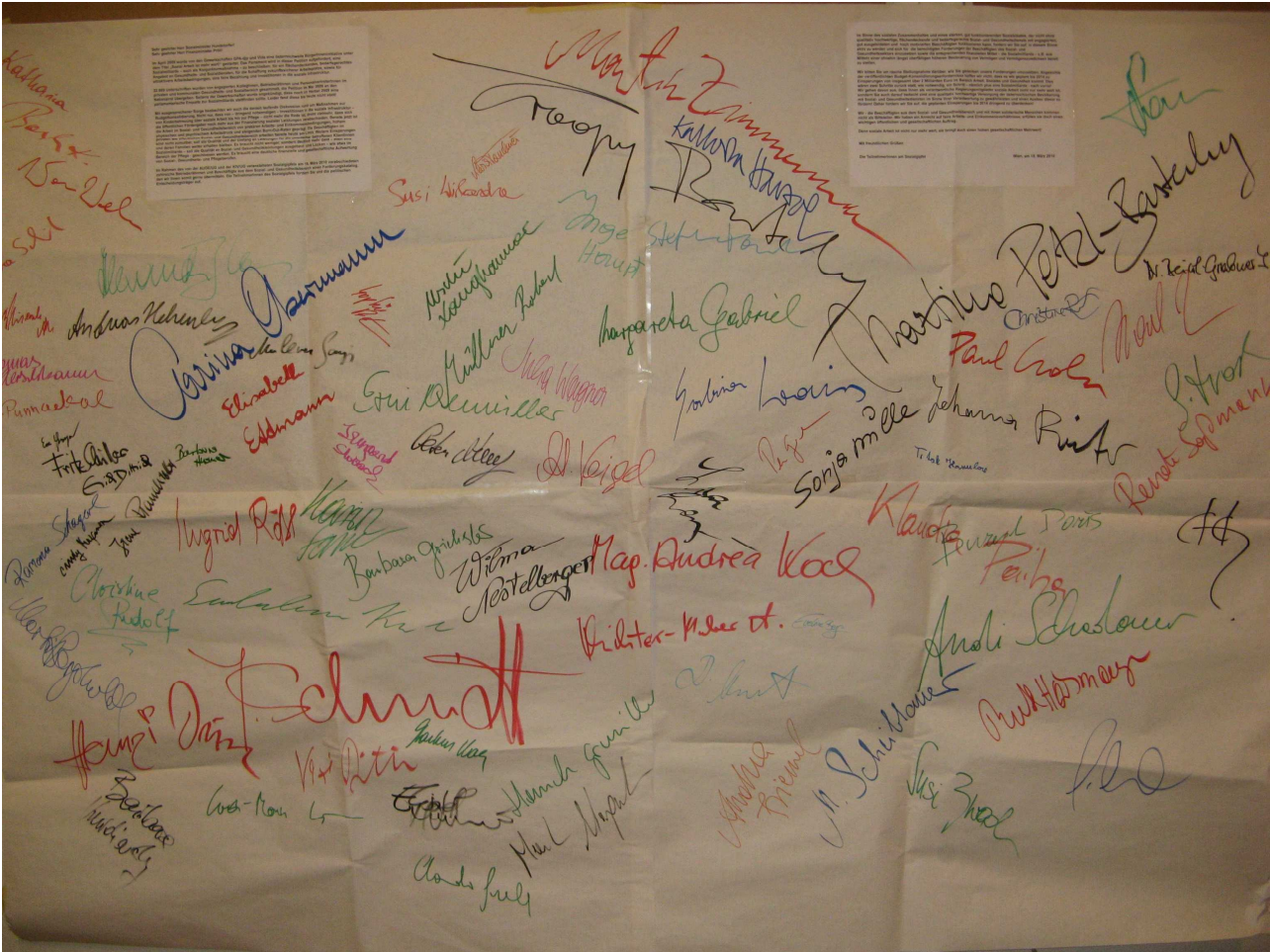
Wir gehen davon aus, dass Ihnen als verantwortliche Regierungsmitglieder und zuständige Minister soziale Arbeit nicht nur mehr wert ist, sondern Sie auch darauf bedacht sind, eine qualitativ hochwertige Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Sozial- und Gesundheitsdiensten im Sinne Ihrer Verantwortung als zuständige Minister zu gewährleisten und einen Ausbau dieser zu fördern! Daher fordern wir Sie auf, die geplanten Einsparungen bis 2014 dringend zu überdenken!

Wir - die Beschäftigten aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich und mit ihnen solidarische Menschen kommen nicht als BittstellerInnen. Wir haben ein Anrecht auf faire Arbeits- und Einkommensverhältnisse, erfüllen wir doch einen wichtigen öffentlichen und gesellschaftlichen Auftrag. Denn soziale Arbeit ist nicht nur mehr wert, sie bringt auch einen hohen gesellschaftlichen Mehrwert!

Mit freundlichen Grüßen

Die TeilnehmerInnen des Sozialgipfels
am 18. März 2010

Die Forderungen an Sie wurden gemeinsam am Sozialgipfel erarbeitet und alle TeilnehmerInnen des Sozialgipfels haben auf diesem Plakat den Brief an Sie mit unterzeichnet!



Nähere Informationen zum Sozialgipfel lesen Sie bitte nach unter: www.kiv.at/vernetzung-soziales.

Ihre hoffentlich baldige Stellungnahme wird an alle TeilnehmerInnen des Sozialgipfels weitergeleitet – bitte senden:

- per E-Mail an Christine Rudolf - christine.rudolf@kiv.at
- Oder per Brief an:
 Konsequente Interessensvertretung/Unabhängige GewerkschafterInnen (KIV/UG)
 Blumauergasse 22/3, 1020 Wien
 zu Händen Fr. Christine Rudolf

Für Rückfragen stehen wir als Ansprechpersonen gerne jederzeit zur Verfügung:

Christine Rudolf
 Politische Sekretärin der KIV/UG und Arbeiterkammerrätin der AUGÉ/UG
 Tel.: 01/216 52 72 – 83865 oder Mobil: 0676/340 05 42
 E-Mail: christine.rudolf@kiv.at

Markus Koza
 Bundessekretär der AUGÉ/UG und Mitglied im Bundesvorstand des ÖGB
 Tel.: 01/505 19 52 oder Mobil: 0676/951 27 82
 E-Mail: markus.koza@ug-oegb.at